

# Schweiz soll Leid der Saisonniers anerkennen

**Entschuldigung gefordert** Sie hatten viel Arbeit, aber wenig Rechte: Gastarbeiter durften ihre Kinder nicht in die Schweiz mitbringen. «Das war unmenschlich», sagen betroffene Familien und wollen nun Gerechtigkeit.

Eveline Rutz

Es sind Geschichten voller Traurigkeit. Von Müttern und Vätern, die in die Schweiz kamen, um hart zu arbeiten. Und von Kindern, die bei Verwandten zurückgelassen oder versteckt wurden. «Die damalige Politik war ein Attentat auf die Integrität unserer Familien», sagt Egidio Stigliano, Sohn italienischer Gastarbeiter. Eltern und Kinder auseinanderzureissen, sei unmenschlich. «Was wir erlitten haben, lässt sich nicht wiedergutmachen – aber das Leid muss anerkannt werden.»

Rund dreissig Betroffene und Unterstützende haben im Herbst 2021 den Verein Tesoro gegründet. Sie fordern, dass sich die Schweizer Behörden offiziell entschuldigen. Was Saisonniers erlebt haben, soll historisch untersucht und entschädigt werden. An wen die Entschädigungen bezahlt und wie hoch sie ausfallen sollen, müsse man noch genauer diskutieren, sagt die Schriftstellerin Melinda Nadj Abonji, die sich im Vorstand engagiert. Ihrer Meinung nach soll es nicht bei einem symbolischen Betrag bleiben: «Was nichts kostet, ist in diesem Land nichts wert.»

## Profiteure dieser Politik

Arbeitsmigrantinnen und -migranten seien aus wirtschaftlichen Interessen ausgebeutet worden, kritisiert sie. Sie hätten strukturelle Gewalt erfahren. Grundrechte, darunter jenes auf Ehe und Familie, seien systematisch missachtet worden. «Wir Kinder wurden von den unmenschlichen Gesetzen illegalisiert», sagt die Schriftstellerin aus Ex-Jugoslawien. Sie selbst habe vierzig Jahre gebraucht, bis sie realisiert habe, was ihr und vielen anderen angetan worden sei. «Erst aus der Distanz ist mir klar geworden, dass ein Gesetz zwar legal, aber moralisch verwerflich sein kann.»

Tesoro wirft der offiziellen Schweiz vor, zu verdrängen, wie



Über die Feiertage nach Hause: Im Dezember 1976 nehmen jugoslawische Gastarbeiter einen Extrazug von Zürich nach Belgrad. Foto: Keystone

sie mit Saisonniers umgegangen sei. Scham- und Schuldgefühle hinderten einige bis heute daran, ihre Geschichten zu erzählen. «Es fehlt eine angemessene Sprache, um über die erlittene Gewalt zu sprechen», schreibt der Verein. Das Leiden sei noch längst nicht in seiner ganzen Dimension erfasst. Man müsse sich zudem auch mit den Profiteuren dieser Politik befassen.

Die Arbeitsmigration nach dem Zweiten Weltkrieg ist wissenschaftlich erst wenig erforscht. «Es fehlt an Quellen», sagt Melinda Nadj Abonji, die

Geschichte studiert hat. Die Fremdenpolizei beispielsweise habe ihre Arbeit je nach Kanton unterschiedlich dokumentiert. Viele ihrer Dossiers seien inzwischen sogar vernichtet worden. Das mache eine historische Aufarbeitung entsprechend aufwendig.

## Ignoranz, Scham, Mitleid

Insbesondere über die familiäre Situation von ausländischen Arbeitskräften wisse man wenig, sagt Kristina Schulz, Professorin an der Universität Neuenburg. Die Zuwanderer seien über

die gesetzlichen Bestimmungen häufig nicht ausreichend informiert gewesen. Je nach Kanton seien diese mehr oder weniger streng ausgelegt worden. Politik und Behörden hätten es aus ökonomischen Gründen in Kauf genommen, dass es versteckte Kinder gebe. Sie hätten aus Ignoranz, mitunter auch aus Mitleid nicht genauer hingeschaut und Rückweisungen aus Scham nicht dokumentiert.

«Eine profunde historische Studie über die Lebensumstände von Saisonnierkindern steht noch aus», sagt die Historikerin,

die sich in einem aktuellen Forschungsprojekt mit der Arbeitsmigration ab 1945 befasst. Das föderale System erschwere es, sich einen Überblick zu verschaffen. «Der Aufenthaltsstatus und damit die sozialen Situationen der eingewanderten Familien waren sehr unterschiedlich.»

Samira Marti, SP-Nationalrätin (BL), findet es wichtig, «dass Betroffene an die Öffentlichkeit gelangen». Es sei an der Zeit, die damalige Migrationspolitik und deren Folgen historisch aufzuarbeiten. Die Bevölkerung in der Schweiz müsse für das

## Das galt für Gastarbeiter

Das Saisonnierstatut trat 1934 in Kraft, als sich viele Schweizerinnen und Schweizer vor Überfremdung fürchteten. Die Wirtschaft sollte zwar von ausländischen Arbeitskräften profitieren. Diese sollten sich aber nicht integrieren. Richtig zum Tragen kam die Regelung in den Boomjahren ab 1945, als vor allem die Baubranche verzweifelt nach Mitarbeitenden suchte.

Saisonniers durften maximal elfenhalb Monate lang in der Schweiz bleiben. Ab 1963 waren es noch neun Monate. In dieser Zeit die Arbeitsstelle zu wechseln, war ihnen untersagt. Bei einer Kündigung mussten sie ausreisen. Erst nach vier Saisons konnten die Zuwanderer eine ständige Niederlassung beantragen. Der Familiennachzug war verboten. Einige liessen ihre Kinder daher in der Heimat zurück oder brachten sie in grenznahen Heimen unter. Andere versteckten sie vor den Behörden.

Die Schwarzenbach-Initiative wurde vom Stimmvolk mit 54 Prozent Nein-Stimmen allerdings abgelehnt. Das Saisonnierstatut ist 2002 abgeschafft worden. Seither gilt zwischen der Schweiz und der EU der freie Personenverkehr. (eru)

entstandene Leid sensibilisiert werden. «Wir müssen aufpassen, dass wir nicht wieder Rückschritte in die Vergangenheit machen», warnt die Politikerin. Auch heute stünden armutsbetroffene Migrantinnen und Migranten unter Druck.

Dass die Politik aus der Geschichte lernt, ist den Tesoro-Mitgliedern ein zentrales Anliegen. «Wir müssen von unseren Erlebnissen berichten, damit man sie nicht vergisst», sagt Vizepräsident Stigliano. Was Gastarbeiterfamilien erlebt hätten, dürfe sich nicht wiederholen.

## Knappe Mehrheit für AHV-Reform

**Zweite Abstimmungsfrage** Männer und Bürgerliche könnten die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 durchsetzen.

Die starke Polarisierung zwischen Frauen und Männern, aber auch zwischen linken und bürgerlichen Parteien hat sich bei den anstehenden Abstimmungen über eine AHV-Reform verfestigt. Das zeigt die zweite Umfrage von Tamedia und «20 Minuten». Insgesamt ist die knappe Zustimmung für die Erhöhung des Rentenalters von Frauen auf 65 stabil geblieben, während die Ablehnung nur leicht gestiegen ist. Gleichzeitig ist aber die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV in den Sog der Debatte über das Frauenrentenalter geraten; hier haben sich die Meinungen jenen über das AHV-Gesetz angeglichen.

Auf Ablehnung steuern die beiden anderen Abstimmungen am 25. September zu. Die anfängliche Zustimmung zur Massentierhaltungsinitiative hat sich gedreht. Die Meinung zur Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinszahlungen und Obligationen bleibt kritisch,

wobei sich ungewöhnlich viele Stimmberechtigte noch keine Meinung gebildet haben.

## Angleichung der Meinungen

Dass Frauen insgesamt die Erhöhung ihres Rentenalters auf 65 nicht begrüsst, sei nicht sonderlich überraschend, meint der politische Fabio Wasserfallen, der die Umfrage zusammen mit Lucas Leeman und deren Lee-Was-Institut durchgeführt hat. Dieser Trend werde durch die politische Polarisierung noch gesteigert: «Links-Grün wird eher von Frauen gewählt; das verstärkt sich gegenseitig», sagt er.

So liegt die Zustimmung bei Frauen bei 35 Prozent (36 Prozent in der ersten Umfrage), bei Anhängerinnen und Anhängern von SP und Grünen sogar deutlich unter 30 Prozent. Starke Unterstützung der Männer (70 Prozent) und die deutliche Zustimmung von mehr als 60 Prozent bei bürgerlichen Parteien führen jedoch dazu, dass derzeit mit ei-

ner knappen Annahme zu rechnen ist: 52 Prozent sind dafür.

Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV geht es eigentlich nicht um Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Diese Massnahme werde teilweise auch von linken Politikerinnen und Politikern befürwortet, sagt Wasserfallen. Das Meinungsbild habe sich aber jenem bei der Abstimmung über das Frauenrentenalter angeglichen, weil die beiden Themen miteinander verknüpft sind. Auch hier ergibt sich mit 54 Prozent eine knappe Annahme.

Eine deutlich grössere Zustimmung von 64 und 65 Prozent zu beiden AHV-Vorlagen hatte vor knapp zwei Wochen die Abstimmungsfrage der SRG ergeben. Wasserfallen sieht darin keinen Widerspruch; immerhin würden diese Erhebungen schon Wochen zurückliegen. «Umfragen sind immer Schätzungen und Momentaufnahmen», sagt er. «Es ist gut, wenn es auch einmal Unter-

schiede gibt, damit die Leute kein überhöhtes Verständnis von Umfragen haben.» Im Übrigen seien die Trends, die SRG und die Tamedia-Umfrage aufzeigen, ähnlich: Beide stellten markante Differenzen zwischen Frauen und Männern, aber eine grundsätzliche Zustimmung zur Reform fest.

## Die weiteren Vorlagen

Die Entwicklung bei der Massentierhaltungsinitiative beschreibt der Politologe als «typisch für eine Initiative». Die Zustimmung ist im Vergleich zur ersten Umfragewelle Anfang August um 7 Prozent gefallen, die Ablehnung um 6 Prozent gestiegen. Jetzt unterstützen noch 48 Prozent die Anliegen der Initiative, während 49 Prozent sie ablehnen. Mit einer Fortsetzung des Trends zur Ablehnung sei zu rechnen.

Bei der Vorlage zur Abschaffung von Verrechnungssteuern ist ebenfalls mit einer Ablehnung zu rechnen: Nur 34 Prozent befürworten sie, für ein Nein sprachen

## Knappes Ja zur AHV-Reform – trotz Ablehnung durch Frauen

15'718 modellierte Antworten zu den Abstimmungsvorlagen vom 25. September 2022, 2. Welle, in %

■ Dafür ■ Eher dafür ■ Weiss nicht ■ Eher dagegen ■ Dagegen

### Erhöhung des Rentenalters für Frauen (AHV-Bundesgesetz)

44 8 13 44

Frauen 26 9 2 4 59

Männer 63 7 2 3 25

Zusatzfinanzierung AHV 43 11 3 6 37

50%

Gratik: mre, mrue / Quelle: «20 Minuten»-/Tamedia-Abstimmungsfrage. Umfragetage: 24. und 25. August 2022. Max. Stichprobenfehlerbereich: +/-2,0 Prozentpunkte. Die Umfrage wurde in Zusammenarbeit mit der Leewas GmbH der Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt.

sich 49 Prozent aus. Dabei argumentieren die Gegner, dass die Vorlage die Reichen bevorzugen und den Bund Hunderte Millionen an Steuereinnahmen kosten

würde. Grösster Unsicherheitsfaktor ist dabei die grosse Zahl der Unentschiedenen mit 17 Prozent.

Hans Brandt